



SPD-Beiratsfraktion Blumenthal
SPD-Beiratsfraktion Burglesum
SPD-Beiratsfraktion Vegesack

Bremen, den 13. Februar 2014

ANTRAG
zur gemeinsamen Beiratssitzung am 19. Februar 2014

Viele Krankenhäuser in der Bundesrepublik sind unverschuldet in einer finanziellen Lage, die politisches Handeln dringend erforderlich macht. Dies gilt insbesondere für kommunale Kliniken, die einen Gesamtversorgungsauftrag für die Bevölkerung haben. Auch in Bremen haben bisherige Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur der kommunalen Kliniken nur bedingt Wirkung gezeigt. Um den weiteren Fortbestand einer guten Gesundheitsversorgung für die Bürger und Bürgerinnen zu sichern, ist eine Umstrukturierung der betroffenen vier stadtbremischen Kliniken nachvollziehbar und wird prinzipiell von den Beiräten Blumenthal, Burglesum und Vegesack unterstützt.

Eine Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser lehnen wir auf das Schärfste ab.

Wir erwarten, dass eine Reform des Krankenhauswesens unter Bremischer Verantwortung stattfindet. Insbesondere für die Region Bremen-Nord benötigen wir kein Krankenhaus für einige lukrative Gesundheitssparten, sondern ein Krankenhaus inklusive einer Notfallversorgung von 24 Stunden pro Tag für alle Patienten und Patientinnen.

Es wird festgestellt, dass das Klinikum Bremen-Nord nicht nur für die Bremer Bevölkerung, sondern auch für viele zehntausend Menschen im niedersächsischen Umland die zentrale Anlaufstelle insbesondere für Notfälle ist.

Der Beirat begrüßt grundsätzlich die Sicherung aller vier stadtbremischen Kliniken, insbesondere des Klinikums Bremen-Nord, im Rahmen einer Einheitsgesellschaft der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) und hofft, dass durch eine zentrale Leitung eine bessere Planbarkeit und Lastenverteilung im kommunalen Gesundheitswesen erreicht wird.

Synergieeffekte z.B. im Bereich Beschaffung und Verwaltung sollten realisiert werden; eine weitere personelle Reduzierung, vor allem im Pflege- und ärztlichen Bereich, wird jedoch abgelehnt.

Die Arbeitnehmerrechte sind durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen geregelt. Wir fordern deren Weitergeltung in der Einheitsgesellschaft, darüber hinaus sollten Arbeitnehmervertreter aller bisherigen Gesellschaften der Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen im neuen Aufsichtsrat der Einheitsgesellschaft vertreten sein. Hierzu erwarten wir einen Vorschlag des Gesundheitssenators für eine vertragliche Vereinbarung mit den Tarifvertragsparteien.

Wir fordern neben der Grund- und Notfallversorgung, und deren besseren finanziellen Bewertung, zusätzlichen Aufgaben im Bereich einer Profilierung zu einem Zentrum für Gefäßmedizin, die Zusammenfassung der Kliniken für Pädiatrie und Geburtshilfe zu einem Eltern- und Kinderzentrum, die Neueinführung einer Schlaganfalleinheit (Stroke Unit), die Ausweitung und Profilierung der altersmedizinischen Versorgung auch in den Kliniken für Innere Medizin und Chirurgie sowie die selbständige Entwicklung der Psychiatrie und die Einrichtung einer Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Eine Mängellage in der medizinischen Versorgung in der Region Bremen-Nord wird dadurch geschlossen und die Ertragslage des Klinikums Bremen-Nord nachhaltig verbessert. Veränderungen des Leistungsspektrums des Klinikums Bremen-Nord, die ein wirtschaftliches Arbeiten des Klinikums Bremen-Nord noch schwieriger machen, werden grundsätzlich abgelehnt.

Weitere Forderungen für das Klinikums Bremen-Nord sind die Förderung der Behandlung der bereits spezialisierten Krankheitsbereiche wie z.B. bei Diabetes und Zwergenwuchs (Wachstumsstörungen), eine Vorhaltung notwendiger medizinischer Geräte im psychiatrischen Zentrum am Aumunder Heerweg zur Vermeidung eines kostenintensiven Pendelverkehrs zwischen der Außenstelle und dem Haupthaus und insgesamt eine intensive Vernetzung des Klinikums Bremen-Nord mit den Ärzten vor Ort sowie im Umland.

Zusammenfassend fordern wir daher für das Klinikum Bremen-Nord als Beschluss der Beiräte Blumenthal, Burglesum und Vegesack:

- Durch Bestand und Erweiterung des Leistungsspektrums des KBN eine bessere Grund- und eine Notversorgung für eine Bevölkerung von weit mehr als 100.000 Einwohnern im Bremer Norden und der Region
- Die Profilbildung zu einem Zentrum für Gefäßmedizin
- Die Zusammenfassung der Kliniken für Pädiatrie und Geburtshilfe zu einem Eltern- und Kinderzentrum

- Die Einführung einer Stroke Unit (Schlaganfalleinheit)
Für die notwendige neurologische Versorgung wird alternativ die Einrichtung eines Telearbeitsplatzes mit der Neurologie im KBM gefordert
- Die Ausweitung und Profilierung der altersmedizinischen Versorgung auch in den Kliniken für Innere Medizin und Chirurgie
- Die Einrichtung einer Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Keine Veränderungen des Leistungsspektrums des Klinikums Bremen-Nord, die ein wirtschaftliches Arbeiten noch schwieriger machen
- Die Beibehaltung bereits spezialisierter Krankheitsbereiche, wie z.B. Diabetes und Wachstumsstörungen
- Die Vorhaltung der erforderlichen medizinischen Geräte im psychiatrischen Behandlungszentrum Aumunder Heerweg zur Vermeidung unnötiger Patiententransporte

Für die Fraktionen

Helma Stitz

Reinhard Hennig

Heike Sprehe